

Arnold: Steuergeschenke des Bundes belasten Kommunen

SPD-Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises nennt Fehlbetrag von 1,6 Milliarden Euro und sieht Kinderbetreuung in Gefahr

NÜRTINGEN (pm). Ab 2013 haben Kinder ab dem ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf Betreuung. Nun mehren sich Befürchtungen, das Projekt stünde wegen der Steuerpolitik der Bundesregierung vor dem Aus. Der Nürtinger SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold kritisiert: „Die Steuergeschenke belasten die Kommunen mit rund 1,6 Milliarden Euro zusätzlich.“

Den Ausbau der Kinderbetreuung sowie einen Rechtsanspruch auf Betreuung für alle Kinder nach dem ersten Lebensjahr habe die SPD durchgesetzt. Neben den jährlich vier Milliarden für den Ausbau gibt der Bund ab 2014 deshalb 770 Millionen jährlich an Länder und Kommunen. Das schein auch notwendig, wachse doch das Interesse an Betreuungseinrichtungen.

Zwar sollen ab Herbst 2013 dann 35 Prozent der unter Dreijährigen von Kindertagesstätten oder Tagesmüttern betreut wer-

den. Laut aktuellen Umfragen sei der Bedarf an Betreuungsmöglichkeiten aber weitaus höher, stellt Arnold fest. „In vielen Gesprächen mit jungen Eltern kommt immer wieder der Wunsch nach mehr Betreuung“, so Arnold. Es sei heute wichtig, Familie und Beruf vereinbaren zu können.

Im Landkreis Esslingen liege die Quote des Betreuungsangebots nach Angaben des Statistischen Bundesamtes allerdings erst bei 12,8 Prozent. In den Kommunen im Wahlkreis wachse deshalb angesichts knapper Kassen die Furcht, die Aufgabe nicht stemmen zu können. Aus dem Deutschen Städte- und Gemeindebund kam bereits die Forderung nach Aufhebung des Rechtsanspruchs.

Die Kommunen seien derzeit in der Tat klamm, so Arnold. Die Zuwendungen für die baden-württembergischen Kommunen werden in diesem Jahr um 220 Millionen

Euro und im Jahr 2012 sogar um 360 Millionen Euro zurückgefahren. Zugleich seien herbe Einnahmeverluste zu verkraften. So sanken in Nürtingen zum Beispiel die Einkünfte aus der Gewerbesteuer von 18 Millionen im Jahr 2008 auf elf Millionen Euro im Jahr 2010.

Auch kleinere Kommunen seien betroffen: In Wolfschlügen sanken die Gewerbesteuererinnahmen im gleichen Zeitraum von 5,3 auf 2,7 Millionen Euro. Höhere Gebühren und Abgaben für die Bürger seien die Folge. Für die Nürtinger Eltern steigen die Kindergartengebühren um fünf Prozent, die Wolfschlügeler müssen etwa 30 Euro mehr im Jahr für Abwasser bezahlen.

Die Steuersenkungspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung hält Rainer Arnold daher für eine katastrophale Fehlentscheidung. „Dadurch gehen den Kommunen nochmals 1,6 Millionen Euro verlo-

ren“, so Arnold. Das habe bittere Folgen für die Bürger, „die mehr draufzahlen müssen, als die angekündigten Steuersenkungen ihnen bringen“, ist sich der SPD-Mann sicher.

Dies könne letztlich auch den Ausbau der Kinderbetreuung gefährden. Die Bundesregierung beteuere zwar noch, am Rechtsanspruch nicht zu rütteln, setze aber gleichzeitig die Kommunen weiter unter Druck. „Ich werde mich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass der Ausbau wie vereinbart vorankommt“, so Arnold. Würde der Rechtsanspruch gekippt, stieße das zahllose Eltern vor den Kopf. Sowohl für die frühkindliche Bildung als auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wäre das eine Katastrophe, meint der SPD-Abgeordnete. Für Arnold ist klar: „Wir brauchen mehr Geld für die Kommunen anstatt teure Steuergeschenke für wenige.“